

Mai zeitung 2023

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Unser Leben muss bezahlbar bleiben!

Weltweit geht die Schere zwischen Armut und Reichtum immer weiter auseinander, so die Hilfsorganisation Oxfam. Die Corona-Pandemie und der Ukrainekrieg verschärfen die soziale Ungleichheit wie unter einem Brennglas. Mit knapp 9% lag die Inflationsrate im Februar kaum unter der Rate des Dezember 2022. Während Löhne und Gehälter den steigenden Preisen hinterherhinken, nimmt die Zahl der Millionärinnen und Millionäre zu. Allein die sechs reichsten Deutschen besitzen mehr Vermögen als die ärmsten 40% der Bevölkerung. Bleibt die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke?

Das Armutsrisiko wächst

Nach den schmerzhaften Einschnitten der Corona-Maßnahmen treffen die Folgen des russischen Angriffskrieges in Deutschland vor allem die Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen. Nach Angaben der Deutschen Industrie und Handelskammer kostet der Krieg in der Ukraine bis Ende dieses Jahres jeden Deutschen im Schnitt 2.000 Euro. Doch diese Kosten sind mehr als ungleich verteilt. Während Rüstungs- und Energiekonzerne Überprofite erzielen, müssen Menschen mit geringem Einkommen immer mehr Geld für Energie und Lebensmittel ausgeben. Die Sonderprogramme dieses

Winters konnten die Negativentwicklung zwar bremsen, aber keinesfalls stoppen. Der Sozialdatenmonitor 2021 des Kreises Groß-Gerau weist Rüsselsheim als die Stadt mit den höchsten pro Kopf Sozial- und Transferleistungen aus. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Fast 20% leben von dem, was früher Harz IV hieß. Für die Kinder bedeutet dies: Täglicher Verzicht, Mangel und Scham und deutlich schlechtere Zukunftsaussichten. Dabei darf nicht vergessen werden: Das höchste Armutsrisiko trägt mit 25,5% die Altersgruppe der 18- 25jährigen. Wo stehen diese Zahlen heute? Für Menschen mit geringem und

mittlerem Einkommen, für Rentner*innen, Auszubildende, Studierende und Arbeitslose, wird das tägliche Leben zunehmend unbezahlbar.

Wo bleibt die Klimawende?

Der Krieg in der Ukraine hat auf globaler und auf nationaler Ebene erhebliche öko-soziale Folgen. Die Reaktivierung von Kohlekraft, ein verstärkter Ausbau der Kernenergie wie etwa in Frankreich, und der Umstieg auf ökologisch fragwürdiges Flüssiggas gefährden die Erzielung der internationalen Klimaziele und die Mineralölkonzerne erzielen Rekordgewinne. So weist etwa Shell, der

größte Ölkonzern Europas, für das zweite Quartal 2022 einen Gewinn von 17,6 Milliarden Euro aus. Das entspricht einer Steigerung von 500% gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Noch nicht abschließend bilanziert sind die massiven Umweltzerstörungen und CO2 Belastungen durch den Krieg. Nur ein Beispiel: Nach Angaben des Umweltbundesamtes könnte der Anschlag auf die Nordstream-Pipelines im September 2022 Treibhausgase in einer Größenordnung von einem Prozent der bundesdeutschen Gesamtemissionen verursacht haben.

Die sozial-ökologische Wende

Wie können die jetzt zwingend notwendigen Maßnahmen zum Gegensteuern ergriffen werden? Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben letztlich nur wenige Hebel, mit denen sie der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich entgegentreten können, das sind Sozialproteste und die Lohn- und Tarifrunden. In Frankreich wehrt sich eine große Mehrheit der Menschen des Landes ge-

gen die Anhebung des frühest möglichen Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre und in Deutschland fordern die Gewerkschaften kräftige Lohnerhöhungen. Sie sollten mindestens den Inflationsausgleich bringen. Hohe Einmalzahlungen, wie sie von den Arbeitgebern favorisiert werden, verringern die zunehmende soziale Ungleichheit nicht. Sie werden bei künftigen prozentualen Lohnerhöhungen nicht einbezogen.

Corona-Pandemie und Krieg bringen die Missstände der mangelnden Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit wieder auf die politische Agenda. Ökologischer und sozialer Fortschritt bedingen sich gegenseitig und sind ohne Verteilungsgerechtigkeit nicht zu erreichen. Warum sollte es neben dem Mindestlohn nicht auch einen Höchstlohn geben? Warum werden Vermögenseinkommen geringer besteuert als Arbeitseinkommen und warum werden die Ausnahmegewinne der Krisenprofiteure nicht radikal abgeschöpft? Die dringend gebotene sozial-ökologische Wende können wir erreichen: Ungebrochen solidarisch!



Mahnwache des Aktionsbündnisses für soziale Gerechtigkeit am 22. November 2022

Foto: Walter Keber

Das Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit

Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit ist ein offener Zusammenschluss von Akteur:innen aus Gewerkschaften, kirchlichen Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Einzelpersonen. Der Zuspitzung der Krisen in unserer Gesellschaft halten wir unsere Forderung nach sozialer Gerechtigkeit entgegen. Wir lassen uns nicht aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Religion oder Behinderung spalten und wenden uns gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder aggressiven Nationalismus. Wir fordern den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien im Kampf gegen die Klimakrise, eine solidarische nicht auf Wettbewerb fußende Gesellschaft und Frieden für die Ukraine.



1. Mai-Kundgebung 2023

Rüsselsheim - Löwenplatz
Beginn 10.30 Uhr

Bernd Schiffler
(DGB-Ortsverband Rüsselsheim)

Horst Gobrecht
(ver.di-Südhausen)

Michaela Stasche – Petra Geyer
(ver.di bei der Stadt Rüsselsheim)

Maria Aniol
(Beratungsnetzwerk Faire Mobilität)

Hans-Peter Greiner
(Katholische Arbeitnehmer-Bewegung)

ab 13:00 Uhr: Mai-Feier im Naturfreundehaus Rüsselsheim
bei Kaffee und Kuchen, Essen und Trinken – Live-Musik



Schließt die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern!

ver.di

Noch nie haben Frauen in Deutschland ein so hohes Bildungsniveau gehabt wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dennoch haben sie mehrheitlich weniger Einkommen und Aufstiegsmöglichkeiten wie gleichwertig qualifizierte Männer. Bereits in den frühen 90er Jahren startete die Gewerkschaft ÖTV eine Kampagne für die Entgeltgleichheit. Die Debatte darum hält bis heute an. Der Philosoph Oskar Negt beschreibt das Thema Gleichstellung folgendermaßen: „Es besteht verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre.“

Im Ranking des Gender Pay Gap der EU-Mitgliedsstaaten 2020 lag Deutschland an viertletzter Stelle. Die Entgeltlücke ist nach wie vor eine der höchsten in der Europäischen Union. Frauen verdienen in der BRD nach wie vor 18% weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Stundenlohn von Frauen lag 2022 bei 20,08. Der von Männern bei 24,36 bei gleicher Qualifikation, Tätigkeit und Erwerbsbiographie.

Der erst vor kurzem veröffentlichte Hessische Lohnatlas zeigt auf, wie unterschiedlich die Lohnlücken sind. Die geringste Lücke zeigte sich 2021 bei den Fachkräften mit 3,4%. Während sich bei den Expert:innen mit 27,9% die größte Lohnlücke auftut. Bei Beschäftigten mit einem akademischen Abschluss beträgt die Lohnlücke noch immer 24,9%. Akademisch qualifizierte Frauen verdienen im Schnitt ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Konkret bedeutet dies, ein um 1.056 geringeres monatliches Einkommen. Auch bei den Helfer:innen und Spezialist:innen waren die Lücken mit 15,7% und 20,5% beträchtlich.

Nimmt der Frauenanteil an einer Berufsgruppe zu, sinkt ihr Entgeltniveau.

Frauenarbeit systematisch unterbewertet

Eine 2022 veröffentlichte Studie der Hans-Böckler-Stiftung der Autorinnen Andrea Jochmann Döll, Christina Klenner und Andrea Scheele belegt, dass der Gender Pay Gap auf der systematischen Unterbewertung der Arbeit von Frauen beruht. In der jährlichen Berechnung des GAP durch das Bundesamt für Statistik werden zur Bewertung von Tätigkeiten ausschließlich Qualitäts- und Führungsverantwortung – in grober Unterteilung – genutzt. Psychosoziale Anforderungen und alle anderen Formen der Belastung sowie kognitive Fähigkeiten bleiben vollkommen unberücksichtigt. Ein Abbau der Entgeltungleichheit kann jedoch nur gelingen, wenn alle Faktoren, die zu den hohen Entgeltunterschieden zwischen Frauen und Männern führen, berücksichtigt werden.

Um die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern zu schließen, bedarf es einer dringenden Novellierung des Entgeltgleichheits- und des Entgelttransparenzgesetzes, da wichtige Bestandteile wie Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Gesetze, ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft bisher fehlen. Unverzichtbar ist auch eine Verpflichtung zu einem einheitlichen, geschlechtergerechten, verbindlichen und zertifizierten Prüfverfahren zur Prüfung der Entgeltbestandteile.

Ulli Leipold ver.di Bezirksfrauenrat
Süd Hessen

Ausgeblutet

ver.di

Der Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst hat es gezeigt: der Unmut der Beschäftigten ist groß. Zu wenig Geld, keine Wertschätzung bei zunehmender Personalnot, das bringt das Fass zum Überlaufen. Damit wir im Öffentlichen Dienst unsere Aufgaben wahrnehmen können, brauchen wir ausreichend qualifiziertes Personal. Nur durch eine gute Personalausstattung kann der Öffentliche Dienst die gesellschaftlichen Herausforderungen und die aktuellen Krisen bewältigen.

Schon jetzt sind bundesweit über 300.000 Stellen unbesetzt. In den nächsten 10 Jahren müssen sogar 1,4 Millionen Stellen neu besetzt werden, weil die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen.

Was bedeutet das für Rüsselsheim?

Bei der Stadtverwaltung waren in den letzten Jahren durchschnittlich 300 Stellen unbesetzt – abgesehen davon, dass freie Stellen viel zu spät ausgeschrieben werden, ist die Besetzung mit Fachkräften oft mühselig bis gar nicht möglich.

Entweder fehlt es an Bewerbungen, an Qualifikation oder unsere Arbeitsbedingungen schrecken die Bewerber:innen ab. Betroffen sind inzwischen alle Bereiche: ob Kitas, die Soziale Arbeit, allgemeine Verwaltung ...

Und was macht unser Arbeitgeber?

Immer noch benimmt sich unser Arbeitgeber, als gäbe es keinen Personalmangel, immer noch vermittelt er den Beschäftigten, dass sie „gerne gehen können, wenn es ihnen hier nicht passt“. Im Gegenteil: Die unbesetzten Stellen werden im Haushalt schon als „Personalkostenersparnis“ eingespist und so wird uns vermittelt, dass wir eben sehen sollen, wie die Aufgaben erledigt werden. Bei Rückstandsmeldungen wird in Gesprächen glasklar vermittelt, dass man wohl wenig belastbar sei oder seine Aufgaben nicht gut koordiniert. Bei so einer Haltung ist es nicht erstaunlich, dass die Fluktuation recht hoch ist. Und die dauerhafte Belastung drückt sich auch durch einen hohen Krankenstand aus.

Um der immer bedrohlicher werdenden Personalnot entgegen zu treten fordern wir u.a.:

- Ausbau von Azubi-Praktikumsplätzen
- Sofortige Besetzung aller freien Stellen sowie der Azubi-Praktikumsplätze
- Gerechte Bezahlung
- Aufgabenkritik und die damit verbundene ehrliche Rückmeldung an die Stadtpolitik

Die ver.di-Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim



Streikkundgebung am 23. Februar 2022 in Rüsselsheim

Foto: ver.di

Kulturelle Teilhabe

ver.di

Der Eigenbetrieb Kultur 123 ermöglicht der Rüsselsheimer Bevölkerung einen unparteilichen und niederschweligen Zugang zu Bildung und Kultur und damit die Teilhabe am öffentlichen Leben für Menschen jeder Herkunft, jeder sozialen Schicht, jeden Geschlechts und Alters. Im letzten Jahr führte der Eigenbetrieb 2.228 Veranstaltungen mit 7.800 Teilnehmenden der vhs, 98.400 Besucher:innen im Theater/Kulturveranstaltungen, 1.520 Schüler:innen der Musikschule und 124.900 Nutzer:innen der Stadtbücherei durch.

Und doch wird jedes Jahr bei den Beratungen des städtischen Haushaltes dieses Angebot von einigen Stadtverordneten immer wieder in Frage gestellt. So wurde im letzten Jahr vom Eigenbetrieb verlangt, 2 Millionen Euro einzusparen bei einem beantragten Zuschuss von 9 Millionen Euro – es wurde nicht gesagt, welche Leistungen damit zukünftig wegfallen sollen.

Wegfall der Schultheatertage, von Kultur im Sommer, von Familie-Kindergarten-Schule-Bücherei, von In-

strumental- und Gesangsunterricht, von Kursen wie Sprache und Integration? Oder doch vielleicht eher Wegfall von Konzerten oder Elementarunterricht? Oder doch gleich die Schließung von Teilbereichen des Eigenbetriebes?

Davor drückt sich die Stadtpolitik dann doch – ein heißes Eisen! Dafür wird verlangt, dass wir als Beschäftigte von uns aus Vorschläge unterbreiten, wie 2 Millionen Euro eingespart werden können – heißt nichts anderes, als sich selbst abzubauen. Wie bequem für die politisch Verantwortlichen! Für die Beschäftigten des Eigenbetriebes ein unerträglicher Zustand, immer wieder Angst um den Arbeitsplatz, immer wieder Angst um die Verlängerung des befristeten Arbeitsvertrages.

Wir erwarten von den Stadtverordneten ein klares Bekenntnis zum Eigenbetrieb Kultur 123 und damit zu einem Bekenntnis der kulturellen Identität unserer Stadtgesellschaft!

Die ver.di-Vertrauensleute des Eigenbetriebes Kultur 123

Kontakt

Ansprechpartner:innen

Michaela Stasche (ver.di)
06142-832333

Bernd Heyl (GEW) 06152-1877471

Hans-Peter Greiner (KAB)
06142-46798

Ingrid Reidt (Kath. Betriebsseelsorge) 06142-64104

Treffpunkt/Postadresse:

Haus der
Kath. Betriebsseelsorge
Weisenauer Straße 31,
65428 Rüsselsheim

Druck:
Dorndruck, Raunheim

Alle Kinder sollen schwimmen lernen. Und alle Menschen sollten schwimmen können.

Diese Sätze hören wir allerorts. Doch die Realität sieht aber anders aus. Dem Schwimmen lernen wird heute keine große Priorität eingeräumt, auch wenn auf die Aktivitäten von DLRG und Anderen immer wieder gerne verwiesen wird. So berichtete etwa Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier 2021 bei der Aktion „Hessen soll Schwimmen lernen“, begeistert von seinen Erfahrungen als Kind.

Leider ist es vielen Kindern nicht möglich, diese Erfahrungen zu machen, denn Schwimmbäder zu unterhalten ist teuer! Und so sind die Wartelisten in den letzten Jahren, und das wäre schon vor der Epidemie abzusehen gewesen, permanent angewachsen.

Leider gibt es in Rüsselsheim keinen Austausch über ein pädagogisches Schwimmkonzept. Stattdessen wird nachgefragt, ob nicht etwa Kinder doppelt angemeldet sind und so die Zahlen steigen! Doch so wie die Zahl der Kindergartenkinder und der Schülerinnen und Schüler steigt, vermehrt sich auch der Bedarf an Plätzen in Schwimmkursen. Die Vereine verhalten sich leise, weil sie froh sind Zeitfenster im Lache-

bad zu bekommen. Zudem versuchen sie noch äußere Umstände wie Schwimmbadschließungen, etwa die des Lehrschwimmbades der Helen-Keller-Schule, aufzufangen. Dass das Lehrschwimmbad marode ist, wissen wir schon lange. Aus Sicherheitsgründen wurde auch vor vielen Jahren das Schwimmbad in der Gerhart-Hauptmann-Schule geschlossen. Und nicht weiter gedacht...

Deshalb wundere ich mich (oder auch nicht), warum ich für das neue Wohngebiet Eselswiese noch keine offizielle Stimme gehört habe, dort an der neuen Grundschule automatisch ein Lehrschwimmbaden mit zu planen!

Schwimmen lernen gehört zur Bildung!

Schwimmen fördert nicht nur die körperliche Entwicklung, sondern die ganze Breite an sozialer, emotionaler und kognitiver Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und unterstützt Integrationsmaßnahmen. An erster Stelle steht aber: Schwimmen können rettet Leben.

*Claudia Heyse
Kinderschutzbund OV Rüsselsheim*

Familienbegleitung in Rüsselsheim

Schon vor über 20 Jahren wurde in Rüsselsheim über Kinderarmut in verschiedenen Gremien diskutiert. Zusammen mit dem Kinderschutzbund, mit Kinderärzt:innen und weiteren Institutionen wurden Lebenssituationen von Familien diskutiert, Bedarfe eruiert und versucht, Hilfeangebote für von Armut Betroffene zu entwickeln: Praktische Hilfen im Alltag, kostenloses Schulmaterial, die Einrichtung einer Schulranzentafel und vieles mehr, war die eine Sache. Aber die städtischen Gremien kamen zu dem Schluss, dass Familien ein höherer Stellenwert eingeräumt werden müsse. Durch niedrigschwellige Angebote sollen Familien so früh wie möglich begleitet werden, möglichst schon in der Schwangerschaft.

Im Laufe der Jahre machten sich zahlreiche Vereine, Organisationen und städtische Einrichtungen auf den Weg, Familien präventiv zu unterstützen. Es gab Schwangerschaftsgymnastik im GPR und beim Kinderschutzbund. Es gab alles rund ums Baby, Spielkreise und Treffen für Mütter beim Kinderschutzbund. Nur die Hebammen wurden immer weniger.

Ein paar Jahre später ging es politisch weiter, wurde das Netzwerk „Frühe Hilfen“ gegründet. Das Bundesprogramm ist gesetzlich im Kinder-

schutz verankert und soll u.a. die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenzen beinhalten. Frühe Hilfen gibt es in Rüsselsheim auch. Es gibt Einrichtungen, die diese präventiven Maßnahmen durchführen und Eltern Raum geben, sich auszutauschen und zu lernen. Ich vermisse aber den Willen und die Haltung der politisch Verantwortlichen Rüsselsheims, vor dem Hintergrund steigender Armutsbetroffenheit in der Stadt, diese Einrichtungen über den Status quo hinaus finanziell und ideell zu unterstützen.

Freiwillige Leistungen wollen die politisch Verantwortlichen nicht ausweiten. Nägel bei der Prävention lassen aber die Kosten beim Allgemeinen Sozialen Dienst steigen, da immer mehr Kinder und Jugendliche eine Fremdunterbringung benötigen. Dies kostet richtig Geld und gehört zu den Pflichtaufgaben der Kommune, die sie nicht ablehnen kann. Verkehrte Welt.

Der Städtetag empfiehlt den Kommunen 10 Prozent ihrer Ausgaben für freiwillige Leistungen zur Verfügung zu stellen, in Rüsselsheim sind es 4 Prozent!

*Claudia Heyse
Kinderschutzbund OV Rüsselsheim*

Alltag in Deutschland

Ein Spielplatz, zwei Frauen kommen ins Gespräch. „Ich würde nach meiner Elternzeit so gerne wieder arbeiten, aber Vollzeit mit meiner Kinderbetreuungssituation und dann noch die Fahrzeit nach Frankfurt“. Die Andere: „Ich würde so gerne wieder arbeiten, ich bin Erzieherin, habe auch als Lehrerin gearbeitet, aber in Deutschland wird mein Berufsabschluss nicht anerkannt.“ Eine Dritte mischt sich ein: „Gerade waren meine Kinder aus dem Größten raus, da hat mein Schwiegervater einen Schlaganfall, ich arbeite jetzt als Verkaufshilfe in der Bäckerei im Ort, ein Mini-Job, wenigstens mal raus.“ Was hat dieses Gespräch mit dem 1. Mai zu tun? Es geht um Arbeit, die geschlechterstereotype Aufteilung von Fürsorge- und Erwerbsarbeit, die Bewertung von Arbeit, die Anerkennung von Qualifikationen und Ressourcen. Fehlende Betreuungsplätze, fehlende Unterstützung bei Pflege, Lohnungleichheit, Teilzeit- und Minijobs, die zu Armut und perspektivisch zu Altersarmut führen. Bei Frauen! Wir reden von gleichwertiger Teilhabe von Frauen und Männern, von einer geschlechtergerechten divisitären Gesellschaft, von feministischer Außen- und Innenpolitik. Und die gesellschaftliche Realität in Deutschland?

*Carmen Größ,
Frauenzentrum Rüsselsheim*



Wenn alles zu viel ist - und es doch nie reicht

Es ist kein wirklich neues Phänomen, aber eines, das sich in den letzten Jahren branchenübergreifend verschärft und alarmierend zeigt: Das neoliberale Credo „Höher, schneller, weiter“ peitscht Wirtschaft und Gesellschaft vor sich her und dies trotz seiner unübersehbaren Folgen von ökologischem Raubbau, Arbeitsausbeutung und produzierter globaler Ungerechtigkeit und der zum Himmel schreienden Tatsache, dass ganze Völker verarmen, während eine kleine Gruppe Überreicher an Reichtum und Macht gewinnen. Der Verdrängungswettbewerb und der Markt kennen weder Gnade noch soziale Gerechtigkeit: Wer in Zeiten der Transformation und Digitalisierung nicht schneller, besser, billiger und effizienter ist, verliert. Das trifft die Privatwirtschaft, den Sozialmarkt und die Daseinsvorsorge hierzulande und weltweit. Naturkatastrophen, die Coronapandemie und nicht zuletzt grausamste Kriegsgebaren verschärfen humanitär wie auch ökonomisch die Situation. Mit gravierenden Folgen: Menschen sind getrieben im Hamsterrad, rennen beruflich wie privat, erleben hohen psychischen und physischen Verschleiß. Die Schnelllebigkeit, der Leistungsdruck und die Auswirkungen nicht endender Krisenherde überfordern spürbar. Ein Satz begegnet mir signifikant immer wieder: „Egal was ich leiste und tue: es ist

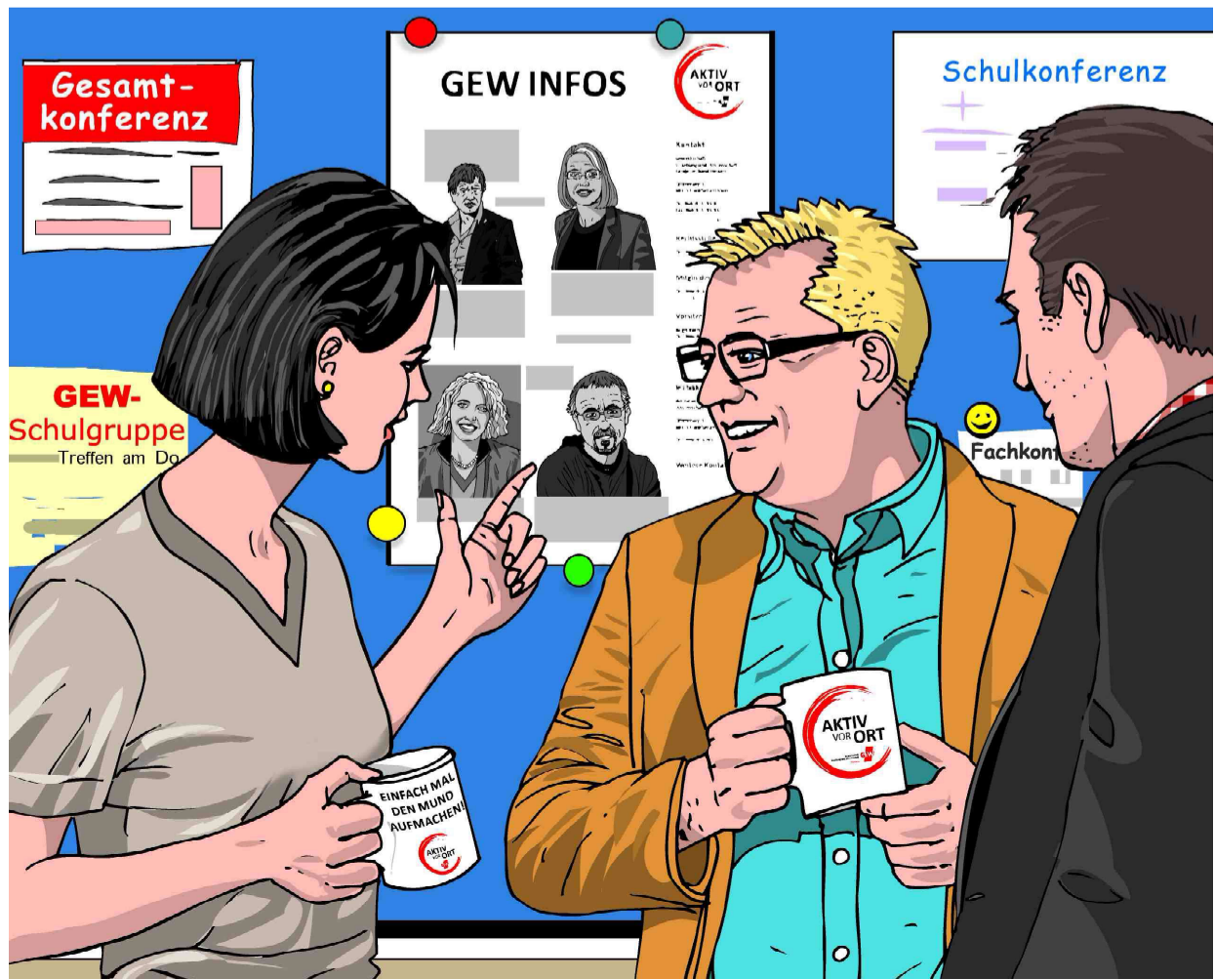
viel zu viel und doch nie genug.“ Am bittersten trifft es jene, die unter höchster Belastung (Erwerbs-)arbeit leisten, am Ende aber nicht nur physisch erschöpft sind, sondern aufgrund schlecht bezahlter Jobs am Ende des Monats nicht wissen, wie sie die Miete bezahlen und ihre Familie durchbringen sollen. Als Betriebsseelsorgerin spreche ich mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichen Branchen und Lebenskontexten. Nicht wenige sind angeschlagen, kommen an ihre Belastungsgrenzen. Mit Sorge blicke ich auf jede/n Einzelnen und sehe in neuer Qualität Zusammenhänge mit dem liberalen Wirtschaftssystem. Als Einrichtung unterstützen wir jede/n Einzelne/n, wo wir können. Darüber hinaus bedarf es aber mehr: Zum einen den (system-)kritischen Blick auf sich selbst und die eigene Verfassung: Wo lebe ich unbewusst selbst neoliberale Muster? Zum anderen den ernsthaften Willen aller, sich den systemimmanenten Wurzeln eskalierender Missstände und dem damit einhergehenden Raubbau zu stellen. Unverzichtbar bleiben letztlich die unermüdliche solidarisch-politische Intervention und der laute systemkritische Aufschrei, dass es so nicht weitergeht!

*Ingrid Reidt,
kath. Betriebsseelsorgerin
Rüsselsheim/Südhessen*

Bildungskatastrophe

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: In Deutschland bahnt sich, wie in den 1960er Jahren, eine Bildungskatastrophe an. Knapp 50.000 junge Menschen verlassen laut Bertelsmann Stiftung die Schule ohne Schulabschluss, rund 20 Prozent der Viertklässler erreichen nicht die Mindeststandards im Lesen, Rechnen und Schreiben und nicht zuletzt durch die Corona bedingten Unterrichtsausfälle haben Kinder psychische und physische Leiden davongetragen. Dazu kommt: Mehr als jedes fünfte Kind ist von Armut betroffen. In Rüsselsheim sind dies laut Sozialdatenmonitor des Kreises 19,8 Prozent. Für das Jahr 2030 prognostiziert der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm eine Lücke von mehr als 80.000 Lehrkräften bundesweit. Nicht ausgebildete, schnell angelernte und oft befristet beschäftigte angestellte Lehrkräfte sind keine Lösung. Die Kreditanstalt für den Wiederaufbau (KfW) beziffert für das Jahr 2021 den Sanierungsstau an deutschen Schulen auf über 45 Milliarden Euro. Das betrifft auch Rüsselsheim. Die Georg-Büchner-Schule, die Gerhart-Hauptmann-Schule und die Grundschule Königstädten warten seit Jahren auf ihre überfällige Sanierung. Nur ein deutliches Plus bei den Investitionen in die Bildungseinrichtungen führt aus der Bildungskatastrophe. Wenn nicht, kommt sicher bald die alte Parole zu Ehren: „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix!“

Bernd Heyl



Brot und Kuchen



Seit Klimakrise, Corona-Pandemie und Ukrainekrieg wird verstärkt von De-Globalisierung, also der Reduzierung internationaler, weltweiter Handelsbeziehungen und Lieferketten geredet. Sollten wir Globalisierungskritiker von Attac uns darüber nicht freuen, mit einem Glas Sekt – natürlich aus regionaler Produktion – anstoßen?

Dass die Risiken des neoliberal globalisierten Kapitalismus unübersehbar deutlich wurden, ist zunächst kein Grund zur Freude. Denn es bedeutet, dass im reichen Deutschland ein Mangel an für die Behandlung von Scharlach und Mittelohrentzündungen bei Kindern unerlässlichen Antibiotika herrscht. Und es bedeutet auch, dass weltweit die Zahl der chronisch Unterernährten wieder auf deutlich mehr als 800 Millionen Menschen gestiegen ist, 345 Millionen waren nach Angaben des Welt-ernährungsprogramms der UN 2022 akut vom Hungertod bedroht. Alle dreizehn Sekunden stirbt ein Kind unter fünf Jahren an den Folgen von Hunger.

Marie Antoinette wird, kurz vor der französischen Revolution 1789, der Ausspruch über die Bevölkerung außerhalb der Paläste zugeschrieben. „Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen“. Auch wenn das wörtlich so wohl nicht gesagt wurde, beschreibt es doch eine damals und heute existierende Einstellung von Wohlversorgten gegenüber den realen Lebensverhältnissen der von Armut betroffenen Menschen.



Heutzutage werden die Hungernden nicht nur mit Sprüchen wie „Macht doch nicht so viele Kinder, dann reicht es für euch schon“ abgeseigt. Willige Regierende werden über Freihandelsverträge, Struktur- anpassungsprogramme (Internationaler Währungsfonds) und Economic Partnership Agreements (EU) zu Maß-

nahmen gebracht, die die die Lebenslage der Ärmsten gerade nicht verbessern, sondern dazu beitragen, Armut und Ungleichheit mit oft tödlicher Wirkung zu verschärfen.

Geschäfte auf Trümmern

Die tödliche Wirkung erfolgt direkt und tausend bis hunderttausendfach in den Kriegen der letzten Jahrzehnte (Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien, Ukraine, Yemen, ...). Aber es gibt wie seit Menschengedenken auch Profiteure der Kriege. Heutzutage u.a. Waffenproduzenten und -händler, Brennstoffproduzenten und -händler.

1915 – mitten im 1. Weltkrieg - beschrieb Rosa Luxemburg das so:

„Das Geschäft gedeiht auf Trümmern. Städte werden zu Schutthaufen, ... Länder zu Wüsteneien, Bevölkerungen zu Bettlerhaufen; Völkerrecht, Staatsverträge, Bündnisse, heiligste Worte, ... in Fetzen zerrissen ... jeder Diplomat den Kollegen von der anderen Partei als abgefeimten Schurken, jede Regierung die andere als Verhängnis des eigenen Volkes der allgemeinen Verachtung preisgebend; ... und Elend und Verzweiflung überall.“

Geschändet, entehrt, im Blute wattend, von Schmutz tiefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, geleckt und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt – als reiße Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit –, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.“

Ob mehr neoliberal oder auf intensivere Staatseingriffe ausgerichtet, solange im Inneren der Gesellschaften das Profit- und Konkurrenzprinzip „Der Mensch ist des Menschen Wolf“ die Handlungen dominiert, wird das Motto „XYZ first“ lauten und es immer wieder auch zu Aggressionen nach außen kommen.

Attac unterstützt deshalb die kommunale Friedensarbeit wie sie in Rüsselsheim im Sinne des verstorbenen Pfarrers Willi Göttert vom Friedensschutzkreis und dem Büro des „Mayors for Peace“ getragen wird. Auch mit dem Ziel, einer Gesellschaft näher zu kommen, in der soziales, ökologisches, demokratisches, feministisches und solidarisches Handeln kein Risiko, sondern Selbstverständlichkeit wird. Also

„eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx, Engels: 1848). Und die Hoffnung aufrechterhaltend die Bertolt Brecht 1943 - mitten im 2. Weltkrieg – so formulierte:

*Am Grunde der Moldau wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.*

*Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden,
dann kommt schon der Tag.*

*Es wechseln die Zeiten.
Die riesigen Pläne
Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.*

*Und gehn sie einher auch wie blutige Hähne
Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.*

Denn, „Wenn wir zu hoffen aufhören, kommt, was wir befürchten, bestimmt“ (Ernst Bloch) Lasst uns also viele Apfelbäumchen pflanzen.

Heinz-Jürgen Krug,
attac und Friedenstreiff Rüsselsheim

Krise und öffentliche Finanzen: Wer bezahlt die Zeche?

Informations- und Diskussionsveranstaltung

27. April 2023, 19.00 Uhr

Das Haus der Kirche – Katharina von Bora, Rüsselsheim, Marktstraße 7

Mit: Kai Eicker-Wolf

Moderation: Ingrid Reidt und Bernd Heyl

Erst die Corona-Krise, dann die Energie-Krise infolge des Ukrainekriegs: Die öffentliche Hand hat in vorher kaum vorstellbarem Umfang mit konjunkturstützenden Maßnahmen hierauf reagiert. Auf der einen Seite mahnen wirtschaftsliberale Kräfte wie Finanzminister Lindner zu Haushaltsdisziplin: Die so genannte Schuldenbremse im Grundgesetz müsse eingehalten werden. Außerdem werde es Steuererhöhungen mit ihm nicht geben. Auf der anderen Seite werden selbst in der Ampel-Koalition die Stimmen immer lauter, die Steuererhöhungen für sinnvoll erachten. „Woraus sich die Frage ergibt, welche Steuern das sein könnten.“

Im Rahmen der Veranstaltung soll das aktuelle Krisen- und Inflationsgeschehen sowie die Situation der öffentlichen Haushalte beleuchtet werden. Außerdem werden die großen Herausforderungen – Klimakrise, Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur und Unterfinanzierung von personenbezogenen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit und Pflege) – thematisiert, die eine Abkehr vom neoliberalen Leitbild des „schlanken Staates“ unumgänglich machen.

Referent: Dr. Kai Eicker-Wolf, Politikwissenschaftler und Volkswirt, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB Hessen-Thüringen und Referent für finanzpolitische Fragen bei der GEW Hessen.

DGB Ortsverband Rüsselsheim, ver.di Vertrauensleute bei der Stadtverwaltung der Stadt Rüsselsheim, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Katholische Betriebsseelsorge Rüsselsheim Südhausen, Ev. Dekanat Groß-Gerau/Rüsselsheim, Südhessisches Bündnis „Gemeinsam gegen Altersarmut von Frauen“, Arbeit und Leben Südhausen



Demonstration gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters in Straßburg am 15. März 2023. Foto: Raymond Ruck

DGB Südhausen und CGT Grand Est solidarisch im Kampf gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters



Frankreichs Präsident Emanuel Macron will seine Rentenreform mit aller Gewalt gegen den Willen einer großen Mehrheit der Franzosen durchsetzen. Er ließ sie jetzt ohne Parlamentsabstimmung - gestützt auf präsidiale Vollmachten - in Kraft treten. Die Massenproteste halten an. In einer Presseerklärung solidarisierte sich der DGB-Kreisverband mit den CGT-Kolleg:innen der Region Grand Est und mit ihrem Kampf gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters. Eine entsprechende Presseerklärung wurde im Echo nicht abgedruckt. Hier der Text:

In den vergangenen Jahren waren die französischen Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters erfolgreich. Während die Gewerkschaften in Deutschland, die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre nicht verhindern konnten, gibt es in Frankreich immer noch die

Rente ab 62. Dies will der französische Präsident Macron nun zum wiederholten Male ändern und das französische Renteneintrittsalter auf 64 Jahre erhöhen. Ob er dies realisieren kann, ist fraglich: Fast alle französischen Gewerkschaften beteiligten sich am 19. Februar an einem Generalstreik, zwei Drittel aller Franzosen und Französischen lehnen die Erhöhung des Renteneintrittsalters ab. Sie legten Teile des Zug- und Flugverkehrs lahm, drosselten die Stromproduktion, bestreikten Raffinerien, Schulen und Krankenhäuser. Über zwei Millionen Menschen beteiligten sich an den Protesten.

Wie in Deutschland muss auch in Frankreich das Märchen von der alternden Bevölkerung als „Argument“ für die Erhöhung des Renteneintrittsalters erhalten. Hier wie dort vergessen Arbeitgeber:innen und neoliberale Politiker:innen den Faktor der

steigenden Produktivität. Steigende Produktivität sollte allen ein besseres Leben ermöglichen.

Der DGB Südhausen solidarisiert sich mit Nachdruck mit den französischen Protesten gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters und erfüllt so die Partnerschaft mit der Region Grand Est der französischen Gewerkschaft CGT mit Leben.

Die deutschen Gewerkschafter:innen wünschen ihren französischen Kolleg:innen viel Erfolg für die kommenden Aktionen. Unsere Partnerschaft ist keine Einbahnstraße. Trotz des bereits sehr hohen Renteneintrittsalters in Deutschland trommeln hier die Arbeitgeber bereits für die Rente mit 70.

Gelingt es in Frankreich, die Erhöhung des Renteneintrittsalters zu verhindern, dann verbessert dies auch die Kampfbedingungen in Deutschland.